

Allgemeiner Anzeiger

Tagblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 24

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatl. 900.— M. ohne Bestellgeld.

Halver
Samstag, den 3. Februar 1923

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 25.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 100.— M.,
Offerten-Verordnung 100.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichsbankdirektorium hat ein Schreiben an die Interalliierte Rheinlandkommission gerichtet, in welchem es gegen die Besetzung der Reichsbankanstalten durch französische Truppen sowie gegen die brutale Behandlung von Beamten der Reichsbank Verwahrung einlegt.

* Infolge der französischen Gewalttate ist im ganzen Direktionsbezirk Mainz der Streik der Eisenbahner ausgebrochen. Der Verkehr ruht vollständig.

* In Mannheim sind französische Truppen, die im Schiff nach Ludwigshafen kamen, in den Häfen von Mannheim-Mühlau eingedrungen, wo sie einen Schwimmträn beschlagnahmten und nach Ludwigshafen schleppten.

* Im neubefetzten Gebiet ist die geplante Zollabsperzung noch nicht durchgeführt, sondern zunächst ein militärisches Kontrollsystem eingerichtet worden.

* Die sächsische Regierung ist infolge eines von den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten angenommenen Mißtrauensantrags zurückgetreten.

* Die Franzosen haben in der Nacht zum 1. Februar die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet gesperrt.

* Die deutsche Regierung hat in einer großen Zusammenkunft die Rote eine Reihe falscher Vorwürfe Poincarés widerlegt.

* Die Massenverhaftungen und Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet dauern an, auch ereigneten sich eine Reihe neuer Zwischenfälle im besetzten Gebiet.

* Das Bergwerksgesetz auf der Heinitzgrube bei Beuthen hat bis jetzt 116 Todesopfer gefordert.

* Dem Reichsrat ist der Entwurf eines Notengesetzes gegen Auswüchse des Wirtschaftslebens zugegangen.

* Der Steueraussschuß des Reichstages hat die Beratung des Landessteuergesetzes abgebrochen, weil die Parteien die von der Regierung geforderte Erhöhung der Umsatzsteuer nicht billigen.

* Der Völkerbundsrat wird sich voraussichtlich bald mit der Reparationsfrage beschäftigen.

Bereit zu Verhandlungen?

„Deutschland sollte Herrn Poincaré dankbar dafür sein, daß er der Demütigung der letzten drei Jahre ein Ende gemacht und die Deutschen in die Lage versetzt hat, wieder einmal aufzutreten als Männer, die sich selbst achten.“

Dieser Satz ist in einer amerikanischen Wochenschrift zu lesen, die im Kriege ganz besonders deutschfeindlich war. Und dies Gefühl, der Stolz darauf, sich selbst wieder als Männer achten zu können, wird in uns Deutschen noch verstärkt durch das Gefühl der Verachtung, das uns gegen Poincaré erfüllt. Der Mann, der über die gewaltigste Militärmacht der Welt gebietet, hat nicht den Mut zur Ehrlichkeit. Erst spielte er die Komödie der „Jugeneurkommission“, dann erklärte er seinen den amerikanischen Journalisten in Paris, Frankreich habe nicht die Absicht, das Ruhrgebiet zu annektieren. Es werde nur so lange dort bleiben, bis Deutschland den Versailler Vertrag erfüllt habe. Wahrscheinlich hat er dabei den „Großmut“ Frankreichs unterstrichen. Das können fünf Jahre dauern, ehe Deutschland vollständig seine „guten Willens“ gegeben habe, bis es die Leistungen ausführt, mit den Zahlungen begonnen habe. „Das Ruhrgebiet ist ein weiteres Pfand von der gleichen Art wie das Rheinland, und die Pfandnahme wird so lange dauern, bis Deutschland den letzten Centime bezahlt hat.“

Das hätte Poincaré lieber doch nicht sagen sollen; denn wir wissen aus der Feder des Generals Dario, als was für eine Art von „Pfand“ Frankreich die besetzten Rheinlande betrachtet. Und darum wissen wir auch, daß der Kampf um das Ruhrrevier ein machtpolitischer Ausstrag des über fünfzehnjährigen Ringens zwischen Frankreich und Deutschland ist, in dem wir niemals die Angreifer waren. Und die Hauptwaffe dabei ist der Vertrag von Versailles. Wir haben festgestellt, daß er von Frankreich und Belgien gebrochen ist und müssen entschlossen sein, daraus reißlos die Folgerungen zu ziehen. In Italien und England gibt es Stimmen, die diese Feststellung als rechtmäßig bezeichnen. Poincaré kann darum eine leichte Besorgnis nicht unterdrücken und will Deutschland zu einer zweiten Unterschrift unter den Vertrag veranlassen. Will uns damit fördern, daß er sich zur Räumung des Ruhrreviers bereit erklärt, wenn Deutschland um Wiederaufnahme der Verhandlungen bittet und sich dazu grundsätzlich auf den Boden des Versailler Friedens stellt.

Einmal haben wir es getan, weil wir glaubten, dadurch die Feinde vom Ruhrgebiet fernzuhalten. Nicht noch einmal dürfen wir es tun. Der Friedensvertrag enthält die größte weltgeschichtliche Lüge, die seine „moralische“ Grundlage ist: die Lüge von der deutschen Allein Schuld am Kriege. Wenn wir „aufstehen wollen als Männer, die sich selbst achten“, dann müssen wir es ablehnen, uns selbst wiederum als die größten Verbrecher der Weltgeschichte zu beschimpfen. Und wenn wir anerkennen, was Poincaré heute „in Ausführung des Versailler Vertrages“ tut, wenn er gestern mit dieser „Begründung“ das Ruhrgebiet besetzte, so hat er — und das ist die Absicht — morgen wiederum das „Recht“ dazu. Das Schwert des Damokles bleibt hängen über unserm Haupte am seidenen Faden, den Poincaré mit diesen einseitig-willkürlich ausgelegten Bestimmungen und Rechtsbrüchen jeden Tag durchschneiden kann. Wir können diesen Kampf um Leben und Tod nicht abbrechen, um in kurzer Zeit ihn doch wieder aufnehmen zu müssen in einer Lage, die vielleicht schlechter für uns ist.

Denn Poincaré hat in der „Ruhr“-Speise ein paar recht lange Haare gefunden. Der Pariser Berichterstatter des Londoner Blattes „Daily Chronicle“ berichtet, die fran-

zösische Regierung beginne einzusehen, daß sie mit der Ruhrbesetzung einen Fehler begangen habe. Sie werde Verhandlungen einleiten, wenn Berlin den ersten Schritt tun, ferner seine Versailler Vertragsverpflichtungen anerkennen, seine „Sabotage und andere Methoden passiven Widerstandes“ aufgeben würde. Das würde, sagt man in Paris, „die Ehrlichkeit Deutschlands und seine aufrichtige Absicht beweisen, seinen Anteil an den Vertragsverpflichtungen zu leisten“. Wobei das „edelmütige“ Frankreich nichts von einer vorherigen oder auch nur gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes spricht.

Der deutsche „passive Widerstand“ macht sich — Poincaré selbst gibt das zu — in Frankreich recht erheblich bemerkbar. Der deutsche Ruhrstolz fehlt und Hochöfen um Hochöfen wird ausgelassen. Die noch brennen, müssen mit englischer Kohle beschickt werden. Und die ist teuer, kostet Devisen. Am 12. Januar kaufte man in London das englische Pfund Sterling für 66,25 Frank; jetzt muß man schon 76 dafür bezahlen. Das ist ganz genau dreimal soviel wie im Frieden — der wirtschaftliche „Erfolg“ der Ruhraktion! Und der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ teilt mit, daß die deutsche Regierung fest zu bleiben entschlossen ist. Das muß sie auch, wenn wir „als Männer auftreten wollen, die sich selbst achten“.

Die Bahnen stehen still.

Zahlreiche Bahnhöfe besetzt.

Im ganzen Direktionsbezirk Mainz ist der Eisenbahnerstreik in vollem Gange. Jeder Zugverkehr ist unterbunden, die Bahnhöfe sind von den Franzosen besetzt, kein Deutscher darf sie betreten. Bei dem starken Personenverkehr zwischen Frankfurt, Wiesbaden und den verkehrsreichen Rheinstädten nördlich und südlich vom Rhein sind nun Tausende in ihrer Weiterfahrt behindert. Ein großartiger Autobusverkehr ist zwischen Mainz und Frankfurt und zwischen Mainz und Wiesbaden hergestellt. In Mainz sind sämtliche Schulen zu Quartieren umgewandelt worden. Die Stadt sorgt auch für die notwendige Verpflegung.

Die Eisenbahnen in der Pfalz stehen unter militärischer Gewalt. Die Reichsbahndirektion Ludwigshafen ist von den Franzosen besetzt. Präsident Liebrich ist abgesetzt und verhaftet. Die Beamten, die nicht erklären, daß sie Dienst tun wollen, sollen vor ein Kriegsgesetz gestellt werden. Da auch die Bahnhöfe von Wingen und Wingerbrück militärisch besetzt wurden, haben die Eisenbahner die Arbeit auch dort eingestellt, so daß jeder Verkehr ruht. Desgleichen wurde in Wiesbaden der Hauptbahnhof von französischem Militär besetzt. Jeder Verkehr ruht. Dasselbe wird aus Ludwigshafen berichtet. Als in Koblenz die Franzosen den Bahnhof Ehrenbreitstein besetzten, legten die Eisenbahner sofort die Arbeit nieder. Das Rheintal von Koblenz ist jetzt von jedem Zugverkehr abgeschnitten.

In Mainz durchziehen französische Patrouillen mit aufgepflanztem Seitengewehr die Stadt. Verhaftungen werden in großer Zahl vorgenommen. Trotz der Drohungen der französischen Behörde hat sich bisher kein Beamter oder Arbeiter der Eisenbahn zum Dienstantritt gemeldet.

Ausweisungen und — Desertionen.

Das „energische“ Vorgehen.

Eine große Zahl deutscher Beamter ist, teils unter höchst brutalen und unwürdigen Umständen, abermals aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Die Franzosen lassen verkünden, angesichts des passiven Widerstandes der deutschen Beamten hätten die alliierten Behörden beschlossen, im gesamten besetzten Gebiet alle oberen Beamten, die bei ihrer Haltung blieben, zu verhaften und sofort auszuweisen. Die Durchführung der neuen Maßnahme habe begonnen, dies sei der Beginn jener Phase energischeren Vorgehens, in die man jetzt eintrete. Diese zeigt sich auch darin, daß man die Gemeinden für alle Störungen im Verkehrsweisen verantwortlich machen will.

Wie in Bochum verlautet, sind am 26. Januar deutscherseits 28 französische Deserteure und am 27. Januar 36 französische Deserteure festgestellt worden. Daraufhin haben die Besatzungsbehörden in Essen Plakate anbringen lassen folgenden Inhalts: „Mit Buchstaben nicht unter zehn Jahren werden Zivilisten bestraft, die Angehörigen der Besatzungsarmee Zivilkleider verkaufen oder zur Verfügung stellen.“

Maschinengewehre gegen Arbeiter.

Polnische Hilfskräfte.

In Bochum hatte die Arbeiterschaft einer Werkzeug- und Autofabrik den Beschluß gefaßt, die Wiederherstellung beschädigter französischer und belgischer Automobile abzulehnen. Auf Grund dessen erschien in Bochum ein Bataillon französischer Soldaten in Begleitung von Maschinengewehren und mehrerer Panzerautomobile. Die Hauptstraße wurde vollständig abgesperrt und an einzelnen Straßenecken stellte man Maschinengewehre in Schußbereitschaft auf. Dann besetzten ungefähr 30 französische Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett unter Führung eines Offiziers die Fabrik. Der Betriebsrat lehnte abermals die Ausführung der von den Franzosen verlangten Arbeiten ab und protestierte entschieden gegen diese gewalttätige Betriebsbesetzung. Die Franzosen versuchten nun selbst, die Wagenparks fahrtbereit zu machen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Auch in Elberfeld kam es zu erregten Zwischenfällen. Offenbar auf Grund einer von französischer Seite erana-

nen Aufforderung waren Polen aus den früher preussischen Gebieten auf dem Elberfelder Bahnhof angekommen, um den Franzosen im Einbruchgebiet bei der Durchführung des Bahn- und Postverkehrs Hilfe zu leisten. Die eingetroffenen Polen wurden sofort mit der Bahn wieder an die deutsche Ostgrenze abgeschoben.

Das Kontrollsystem.

Noch keine Zollgrenze.

Die Einrichtung der Zollgrenze rund um das ganze neubefetzte Industriegebiet bereitet den Franzosen große Schwierigkeiten. Die Grenzen, an denen diese Zollsperrung durchgeführt werden soll, sind inzwischen festgelegt und durch die militärische Besatzung vorgezeichnet. Sie gehen aus der Karte deutlich hervor. Inzwischen haben die Fran-



Das geplante Zollgebiet an der Ruhr.

zosen ein militärisches Kontrollsystem eingerichtet. So sind in Ratingen-Ost, Kupferdreh, Hattingen, Rangierbahnhof Vorhalle, Scharnhorst, Redlinghausen Hauptbahnhof, Dorsten, Friedrichsfeld bei Wesel und an einigen anderen Stellen noch Kontrollstationen errichtet worden. Die Franzosen scheinen bezüglich der Tätigkeit dieser Kontrollen noch keine endgültigen Anweisungen erhalten zu haben. Daher treten sie im Augenblick noch nicht sehr in Erscheinung. Jedenfalls können die Kohlenzüge im allgemeinen noch ungehindert verkehren.

Zwischen Bochum und Linden sind ferner zwei Automobilkontrollstellen eingerichtet worden, die den Automobilverkehr auf dieser Strecke überwachen sollen.

Die Kohlen Sperre beginnt!

Zwölf Kontrollstationen.

Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Verbalnote überreicht, in der auf die angeblichen Verletzungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien hingewiesen und mitgeteilt wird, daß vom 1. Februar ab keine Kohlen- und Koks sendungen aus der besetzten Zone in das übrige Deutschland ausgeführt werden könnten. Es werde nur noch das Brennmaterial nach Italien weiter durch das unbefetzte Deutschland gehen.

Die Franzosen haben im Zusammenhang damit zwölf Kontrollstationen eingerichtet, die alle Linien, die vom Ruhrbezirk nach dem übrigen Deutschland führen, kontrollieren, nur die Westseite, die an den Rhein grenzt, hat keine Kontrollstellen erhalten. Von diesen 12 Kontrollstellen sind aber zunächst nur zwei, nämlich Hörde und Brädel, in Betrieb, weil alle anderen Linien stillliegen. Der Kohlenverband der Oberhauser, Duisburger, Mühlheimer und der linksrheinischen Bechen wurde wegen der Störung im Eisenbahnbetrieb zum großen Teil im Landabfuhr durch Automobile weiterbefördert.

Der deutsche Einspruch.

Der französische Beschluß ist vom General Degoutte dem Düsseldorfener Regierungspräsidenten Grünher in Form eines Befehls übermittelt worden, worin die Ausfuhr von Kohle und Koks verboten wird. Dr. Grünher hat daraufhin dem General sofort ein Protestschreiben zugesandt, in dem es heißt:

„Ich kann die Anordnungen des Generals Degoutte betreffend des Verbots der Ausfuhr von Kohle und Koks in das unbefetzte Deutschland nicht weitergeben, da die deutsche Regierung den Einbruch des französischen und belgischen Heeres in das Ruhrgebiet als einen Vertragsbruch ansieht und die deutschen Behörden angewiesen sind, keinerlei Anordnungen der Besatzungsbehörden auszuführen, welche sich als Folge dieses Einbruchs darstellen. Ich würde meine Pflicht als deutscher Beamter verletzen, wenn ich eine solche Anordnung, die von deutscher Seite als Vertragsbruch bezeichnet wird, zur Kenntnis der mir unterstellten Behörden bringen würde. Ich erhebe gegen das Kohlenausfuhrverbot entschieden Einspruch.“

Die Franzosen hatten außerdem mitgeteilt, daß sie die Lebensmittelzufuhr nicht behindern würden. Davon wurde deutscherseits Kenntnis genommen.

Die Eisenbahnen besetzt.

Deutsche Gegenmaßnahmen.

Als Einleitung der Absperzung sind die Eisenbahnanlagen an der Absperzungslinie, soweit das bisher noch nicht geschehen war, militärisch besetzt worden, und es ist

mit der Zurückhaltung von Kohlen, Koks und der Leertage begonnen worden. Der übrige Güterverkehr ist einseitig unbehindert, jedoch werden auch Leertage aus Deutschland ins Ruhrgebiet von den französischen und belgischen Truppen angehalten. Maßnahmen, daß die angehaltenen Koks- und Kohlenzüge nicht nach Frankreich gelangen, sind getroffen, ebenso sind alle Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets getroffen.

Seit der Besetzung des Ruhrreviers sind bis Ende Januar insgesamt etwa 28 000 Tonnen Kohle nach Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet abgegangen.

Die Wirkung der Sperre.

Nach der Meinung der Gegner.

Niemand in Deutschland gibt sich einer Täuschung darüber hin, daß die Wirkungen der französischen Gewaltpolitik im Ruhrgebiet sehr schwer auf dem Wirtschaftsleben der gesamten Nation lasten, und daß es der Anspannung aller Kräfte bedarf, um sie ungebrochen zu überstehen. Niemand wird leichtsinnigen Optimismus hegen, aber ebenso verfehlt wäre es, allzu schwarz in die Zukunft zu sehen. Besonders von der Wirkung der neuen Kohlen-sperre wird man nicht ohne weiteres den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft erwarten müssen. Sehr bezeichnend ist es in dieser Hinsicht, wie geringe Hoffnungen man sich in Paris selbst von dieser neuen Maßnahme macht:

Das Blatt „Petit Parisien“ fragt: Welches wird die Wirkung der Einstellung der Kohlenlieferungen nach Deutschland sein? Deutschland erhielt bisher durchschnittlich in jedem Monat 2½ Millionen Tonnen Kohle und 500 000 Tonnen Koks aus dem Ruhrgebiet. So bedeutend auch dieses Quantum ist, die Sachverständigen glauben, daß, wenn man die Lager ausnütze und englische Kohle beziehe, sowie die aus dem deutsch gebliebenen Oberschlesien kommenden Kohlen in Rechnung stelle, Deutschland eine relativ lange Zeit sich versorgen könne. Jedoch sind die Kohlenlieferungen nicht die einzigen, die eingestellt werden können: wenn der Widerstand Deutschlands sich verlängert, kann man damit rechnen, daß die Besetzungsmächte das gleiche Verbot auf andere Industrieerzeugnisse aus dem Ruhrgebiet ausdehnen werden. Das Ziel dieser Maßnahme würde also dann die mehr oder weniger vollständige wirtschaftliche Trennung vom übrigen Deutschland sein. Es versteht sich aber von selbst, daß diese drakonische Maßnahme nur bis zu dem Tage aufrecht erhalten werde, an dem Deutschland die Ruhrbesetzung angenommen haben wird. In diesem Tage werde ein normales Regime (1) unter französischer Leitung aufgerichtet werden.

Man sieht, daß die Franzosen die Kohlen-sperre allein keineswegs für ausreichend und ausschlaggebend halten, und daß sie daher schon jetzt mit neuen härteren Maßnahmen drohen. Wie wenig ihnen dabei ein gutes Gewissen zur Seite steht, erkennt man aus den zeitlichen Einschränkungen, die dabei in Aussicht gestellt werden. Ihre Erwartung, daß wir uns mit der Besetzung eines Tages einverstanden erklären werden, wird allerdings eine neue Enttäuschung zu den bisherigen hinzufügen, die die Herren in Paris bei dem verbrecherischen Abenteuer an Rhein und Ruhr bereits erfahren mußten.

Räuber und Tyrannen.

Ausweisungen und Plünderungen im Ruhrgebiet.

Die Zahl der Ausweisungen deutscher Beamten und der willkürlichen Eingriffe in die deutsche Verwaltung, ebenso aber auch die Energie der Abwehr, mit der die Bevölkerung durch Streiks und passiven Widerstand den Verdrüßern entgegentritt, wächst von Tag zu Tag. Aus der großen Reihe der einzelnen Vorkommnisse seien folgende erwähnt:

Die Franzosen haben auf dem Bahnhof Mengebe 25 Waggon Kohlen beschlagnahmt und laden sie dort für eigene Zwecke aus. Die Eisenbahnverwaltung weigert sich, weiter Waggonsladungen anzunehmen, da sie für deren Transport keine Haftung übernehmen kann.

In Düsseldorf ist eine französische Kavalleriepatrouille über mehrere Leute, die aus einer Wirtschaft herauskamen, hergefallen und hat die Ahnungslosen mit Säbeln angegriffen. Dabei hat der Kassierer der städtischen Gaswerke, Koch, eine schwere Verletzung erlitten. Er wurde mit einem Panzerauto weggeschafft. Vermutlich ist er ins Gefängnis gebracht worden.

In Witten an der Ruhr hatten die Lebensmittel- und Konfitürengeschäfte beschlagnahmt, keine Waren an die Verbrauchstruppen zu verkaufen. Die Besitzer der Geschäfte

hätten entsprechende Plakate an ihren Läden angebracht. Diese Plakate wurden kurze Zeit darauf wieder von den Franzosen heruntergerissen, und die Läden im Besitz von Offizieren geplündert.

Ruhe vor dem Sturm.

Unzufriedenheit in Paris — Propagandaverfälschung.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Düsseldorf schreibt, dort herrsche allgemein das anscheinend wohl begründete Gefühl, daß man augenblicklich eine Ruhe vor einem neuen Sturm durchmache. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß die weiteren französischen Maßnahmen militärischer Natur sein werden. Die Franzosen seien trotz ihres offiziellen Optimismus tief enttäuscht über das Ergebnis des Ruhrabenteuers in wirtschaftlicher Hinsicht. Angesichts des mit dem Marsch verbundenen Sinkens des Franken warnt das Pariser Blatt „Journée Industrielle“ vor der Inflationsgefahr und hebt hervor, daß die französische Industrie, die auf die Einfuhr ihrer Rohstoffe aus dem Auslande angewiesen ist, schon schwer unter dem Fall des Franken leidet.

Im Ruhrgebiet versuchen die enttäuschten Franzosen, mit einer gewaltigen Flugblattpropaganda die Bevölkerung durch Versprechungen von Lebensmitteln ihrem Willen gefügig zu machen. Andererseits aber will man in die Bevölkerung, namentlich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen Keil treiben und das Publikum gegen die geizigen Eisenbahner aufstacheln. Weiterhin läßt man mitteilen, daß die Ruhraktion sich keineswegs gegen das deutsche Volk richtet, sondern lediglich gegen das Kabinett Cuno und die westlichen Kapitalisten, die das deutsche Volk undemokratisch regieren wollten. Erst wenn das Kabinett Cuno beseitigt wäre, könne man verhandeln. Essen freilich müsse auch dann weiter als Pfand in französischer Hand bleiben.

Aus dem französischen Sündenregister.

Die Massenverhaftungen der Beamten.

Von der Reichsfinanzverwaltung wird mitgeteilt: Oberzolldirektor Raminaki, erster Kassendirektor vom Zollamt Hafen-Neuß, wurde verhaftet, weil er die Kassensbücher nicht herausgegeben wollte. Beim Finanzamt Düsseldorf wurden Steuerinspektoren Poppenburg und Steuerinspektor Steinhilf verhaftet. In Aachen wurde beim Hauptzollamt (Auslandsverkehr) Oberzolldirektor Sprang gewaltsam aus seinem Zimmer entfernt. Das Amt wurde von 20 belgischen Soldaten besetzt, so daß der Dienst eingestellt werden mußte. Von den Beamten verlangte man die Übergabe der Akten. In Aachen wurde der Vorsteher des Zollamts (Güterbahnhof), Oberzolldirektor Langbeinrich, und in Uerdingen Oberzolldirektor Clauss verhaftet. Beim Hauptzollamt Aachen stießen weitere vier Verhaftungen bevor. In Duisburg wurden der Oberzolldirektor Waldow und der Oberzolldirektor Rief verhaftet. Beim Hauptzollamt Kreuznach wurden die Oberzolldirektoren Stauber und Weirich und der Oberzolldirektor Scholz verhaftet, weil sie sich weigerten, den Passierschlüssel herauszugeben. In Trier wurde Oberzolldirektor Schaffner vom Hauptzollamt Römerbrücke verhaftet. In Remm wurde der Oberzolldirektor Sommer verhaftet und vor Bahn weggebracht. Der Oberzolldirektor Rothbar, der bereits am 26. Januar verhaftet worden, jedoch auf den Protest der Bevölkerung hin wieder freigelassen war, wurde erneut verhaftet. Vom Hauptzollamt Kaiserlautern wurde der Vorsteher Zollrat Rost verhaftet, weil er das Ansehen der Franzosen, unter ihrer Leitung zu arbeiten, trotz großer Versprechungen wiederholt ablehnte. Beim Hauptzollamt Bochum wurde der Vorsteher Zollamtsmann Vinhold, Oberzolldirektor Leuboldt, Oberzolldirektor Schardt verhaftet. Französische und belgische Kommissionen sprachen bei den Zollämtern Duisburg-Südbahnhof, Duisburg-Nordbahnhof, Menden-Gladbach, Rastenberg, sowie den dazu gehörigen Nebenstellen Niederhof, Aberswalde, Straelen, vor und fragten die Beamten, ob sie unter ihrer Oberaufsicht arbeiten wollten. Die Beamten blieben ihnen die gebührende Antwort nicht schuldig.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Stinnes-Lubersack-Abkommen ist.

Wie die Deutsche Bergwerkszeitung erzählt, hat Hugo Stinnes das bekannte Sachlieferungsabkommen mit dem französischen Senator de Lubersack wegen des Einrückens der Franzosen in das Ruhrgebiet vorläufig außer Kraft gesetzt. Es sind seit dem Einrückens der Besatzungstruppen keine Lieferungen an die französischen Wiederaufbaugesellschaften mehr erfolgt.

Ja — der Herr Professor hatte jetzt viel Zeit zum Grübeln.

Nun sah er Sanna ins Haus verschwinden, und hinter ihr her glitt mit ihrem lautlos fahrenden Gang Anna von Nehling. Ihr großes fleischiges Gesicht war wie im Unmut gerötet. Sicher hatte sie sich wieder über Sanna geärgert.

Der alte Herr seufzte auf und schob die Brille wieder auf die Stirn.

Gleich darauf trat der Diener ein. „Herr Professor, es ist in einer Minute fünf Uhr. Die Damen warten am Teetisch,“ meldete er in strammer Haltung.

„Es ist gut,“ antwortete der Professor und erhob sich sofort.

Der Diener entfernte sich. Er war gewissermaßen die Hand, die das Uhrwerk drehte, nach dem sich Michael von Sachau Leben abspielte. Friedrich hatte darauf zu achten, daß der Herr Professor nicht über seinen Arbeiten das Essen und Trinken, das Schlafen und Ausgehen vergaß. Mit präzisier Pünktlichkeit und Unerbittlichkeit sorgte er dafür, daß nichts vergessen wurde, und er blieb stets wie das mahnende Gewissen neben seinem Herrn stehen, bis dieser sich erob, um den Pflichten des täglichen Lebens nachzukommen. Herr und Diener nahmen das gleich wichtig. Und so drehte sich fast alles im Hause nach der Uhr des Dieners Friedrich, denn Michael von Sachau verlangte auch von allen Hausgenossen die gleiche Pünktlichkeit und es konnte ihn auf Tage in eine nervöse Gereiztheit bringen, wenn nicht alles auf die Sekunde klappte.

Der Professor begab sich unverzüglich in das Zimmer hinüber, wo der Tee eingenommen wurde. Es war, wie alle Räume im Hause, mit einer etwas altfränkischen Gediegenheit ausgestattet. Das graue Haus und die Möbel gehörten zusammen schon seit vielen Jahren. Michael von Sachau hatte es von einem Onkel geerbt, der als Junggeheile gestorben war.

Anna von Nehling und Sanna standen bereits hinter ihren Stühlen an dem runden, hübsch gedeckten Teetisch, als er eintrat. Mit kurzem Gruß nahm er am Tisch Platz und mit ihm zugleich die beiden Damen.

Sanna füllte die feinen Porzellankannen, legte in die des Onkels zwei Stück Zucker und stellte sie vor ihm hin. Tante Anna reichte das Körbchen mit Cafés und eine Platte mit Toasts herum.

Das Geschick in Aachen.

Vor einigen Tagen wurden vier Beamte der Hamborner Schutzpolizei vom belgischen Militärgericht in Aachen zum Tode verurteilt unter der Beschuldigung, seinerzeit den belgischen Leutnant Graff in Hamborn ermordet zu haben. In der Verhandlung machte die Verteidigung schon darauf aufmerksam, daß in den letzten Tagen drei andere ehemalige Beamte der Hamborner Schutzpolizei vor dem Untersuchungsrichter in Stettin glaubhaft gestanden hätten, die wirklichen Mörder zu sein. Es handelt sich um die ehemaligen Schupo-Beamten Rame, Schwirrat und Engeler, die sich jetzt sämtlich in Stettin in Haft befinden. Trotzdem sind die vier Todesurteile erfolgt. Es stehen Schritte der deutschen Regierung in Brüssel bevor, und es wird nichts unversucht gelassen, um einen Justizmord zu verhindern.

Das deutsche Volksoffer.

Der Vertrauensauschuß zur Verwaltung und Verwendung des „Deutschen Volksoffers“ wird sich aus Vertretern der zunächst betroffenen Gebiete, der großen charitativen Vereinigungen, der kommunalen Verbände, der Presse, der Reichs- und der Länderregierungen zusammensetzen. Die Zusammenarbeit mit der von den großen Wirtschaftsverbänden zu leistenden Ruhrhilfe wird durch persönliche Vertretung dieser Verbände gesichert werden. Der Auschuß wird unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in den nächsten Tagen zu seiner ersten Sitzung zusammen treten.

Nochmals die erfundenen Anwerbungen bei der Reichswehr.

Über angebliche Anwerbungen im Ruhrgebiet für die Reichswehr hat der Abgeordnete Müller-Franken im Haushaltsauschuß gesprochen. Im Anschluß daran wird im Vorwärtz bemerkt, der Reichsminister Defer habe Müllers Angaben über die Anwerbung von Arbeitern aus dem Ruhrgebiet bestätigt. Dazu wird amtlich festgestellt, daß es sich bei den vom Reichsminister Defer bestätigten Anwerbungen nicht um Werbungen für die Reichswehr, sondern von wilden Werbern gehandelt hat, gegen die nötigenfalls mit Ausnahmemaßnahmen vorgegangen werden soll. Anwerbungen der Reichswehr sind, wie einwandfrei feststeht, nirgends erfolgt.

Rundgebung der württembergischen Kammer.

Im württembergischen Landtag gab der Vizepräsident Pfleger dem Abg. über den Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet Ausdruck. Staatspräsident Sieber betonte seinerseits in einer Erklärung, daß ganz Deutschland geschlossen und hilfsbereit hinter den Brüdern und Schwestern des Ruhrgebiets stehen müsse, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß es vielleicht um den Endkampf für Freiheit und Einheit Deutschlands gehe. Gelingen es dem Gegner, durch Erzeugung eines Massenlebens den moralischen Widerstand zu brechen, so habe Deutschland den Weltkrieg zum zweitenmal verloren.

Frankreich.

X. Zollfragen vor dem Völkerrund. In der Sitzung des Völkerrundrates wurde auf Vorschlag des Wirtschaftsausschusses beschlossen, zum 15. Februar eine internationale Konferenz zur Regelung der Zollformalitäten einzuberufen. In dieser Konferenz sollen auch Deutschland, die Vereinigten Staaten, Mexiko und Ecuador eingeladen werden.

Schweden.

X. Tod des schwedischen Gesandten in Berlin. Der schwedische Gesandte in Berlin, Freiherr von Essen, ist nach längerer Krankheit im Alter von 50 Jahren gestorben. Baron von Essen genoss in Berliner Regierungskreisen großes Ansehen und galt als energischer Vertreter der deutschfreundlichen Politik Schwedens seit dem Kriegsende. Reichspräsident Ebert hat ein längeres Beileidstelegramm an die Witwe gerichtet.

Tschecho-Slowakei.

X. Benesch schmiedet den Franzosen. Der Minister des Äußern Dr. Benesch gab im Außenaußchuß des Abgeordnetenhauses eine Darstellung der Ereignisse im Ruhrgebiet, die auf eine Nechtfertigung des französisch-belgischen Vorgehens im Ruhrgebiet hinausläuft. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Frankreich vollen Anspruch auf Wiederaufbau seines vernichteten Nordens habe. Die letzten Vorschläge im Ruhrgebiet billige heute ganz Frankreich, Italien und Belgien und stehe hinter ihnen, während England wohlwollende Neutralität wahre. Die Tschechoslowakische Regierung sei für den Frieden und erachte es unter den heutigen Umständen für ihre erste Pflicht, mit ihren Verbündeten in der kleinen Entente

Es wurde fast gar nicht dabei gesprochen. Meist wurden alle Mahnungen schweigend eingenommen, wenn nicht etwas von Wichtigkeit zu erörtern war. Sanna genas nichts als eine Tasse Tee. Sie hatte ein Cafés genommen, ließ es aber auf dem Teller liegen und sah mit starren Augen vor sich hin, als wollten ihre Gedanken in weiter Ferne.

Verstohlen betrachtete Onkel Michael ihr blaßes trauriges Gesicht. Es traf ihn heute wie ein stummer und doch bereiteter Vorwurf.

„Bist du nicht wohl, Sanna? Du siehst so bleich aus.“ Sanna schrak zusammen. Selten genug richtete Onkel Michael das Wort an sie. Und nun fragte er gar nach ihrem Ergehen. Das war ganz außergewöhnlich.

„Ich bin ganz wohl,“ antwortete sie kurz und fremd. Er wollte noch etwas sagen, aber da trafen seine Augen in die Tante Annas, die ihn wie mahnend anblickten. Da schwieg er.

Statt seiner nahm Tante Anna nun das Wort. „Ich wollte dir sagen, lieber Michael, daß Gregor Anfang nächster Woche für einige Tage Urlaub hat und denselben mit deiner Erlaubnis hier verbringen will.“

Der alte Herr nickte.

„Ich weiß es. Gregor hat auch heute an mich geschrieben. Seine Zimmer sind ja bereit.“

„Gewiß, lieber Michael.“

Eine kleine Pause entstand. Dann sagte der alte Herr zögernd und unsicher, immer wieder in Sannas Antlitz schauend:

„Das wird dir lieb sein, Sanna?“

„Was meinst du, Onkel Michael?“

„Ich meine, daß Gregor kommt. Dann hast du noch auf einige Tage junge Gesellschaft im Hause. Nicht wahr, Sanna, du freust dich, daß Gregor kommt?“ fuhr der alte Herr fort in einem etwas milderen Tone, als er sonst seine Rechte hatte.

Sanna war diesen Ton nicht gewohnt. Sie hob langsam, wie verwundert, die Augen und sah den Onkel starr und offen an.

„Nein, Onkel, ich freue mich nicht!“ sagte sie ehrlich.

„Aber Sanna, liebe Sanna, wie kannst du Onkel Michaels gütige Frage so ungezogen beantworten?“ fragte Tante Anna mit der östigen Sanftmut ihrer Stimme, während es in ihren kalten fahlen Augen seltsam glimmerte. Sanna sah sie nicht an.

Herbes Schicksal.

Roman von H. Courths-Mahler.

9]

(Nachdruck verboten.)

Drittes Kapitel.

Michael von Sachau sah unlästig am Fenster seines Arbeitszimmers. Er war wieder einmal, wie so oft in letzter Zeit, ganz unfähig zu arbeiten. Sein nervöses Herzleid machte ihn schlaff und elend.

Kraftlos und gebildet hielt sich seine hagere Gestalt in dem hochlehnigen Sessel. Das graue Haupt mit der hohen kahlen Stirn war geneigt und die matten, ziemlich farblosen Augen blickten unter den buschigen Brauen hervor in den winterlichen Garten hinaus.

Er sah Sanna auf das Haus zukommen und schob die Brille, die er auf der Stirn placierte hatte, vor die Augen, um sie besser sehen zu können. Es fiel ihm auf, wie oft in letzter Zeit, daß sie sehr blaß und traurig ausseh.

Wie sie ihrer Mutter gleicht, dachte er. Nur die Augen hat sie nicht von ihr, die hat sie wohl von ihrem Vater. Bettina hatte große Augen — so gute, klare, helle Augen — wie war es nur möglich, daß sie sich so vergaß?

Er konnte es noch immer nicht fassen und begreifen, daß seine Schwester Bettina leichtfertig geworden war. Und er hatte jetzt so viel Zeit zum Grübeln.

Man hatte Bettina zu sehr verwöhnt, da ist sie auf Abwege geraten. Anna hat doch wohl recht gehabt, wenn sie es mir zur Pflicht machte, streng mit Sanna zu verfahren. Aber leicht ist es mir manchmal nicht geworden. Ich habe kein Talent zum Erzieher. Wie sie nun wieder blaß und traurig ausieht — man möchte sie streicheln und trösten. Nein, nein — ich habe gar kein Talent zum Erzieher. Und gerade mir mußte das Schicksal eine solche Verantwortung aufbürden. Hart ist es mich oft genug angekommen, Sannas stehenden Augen gegenüber fest zu bleiben. Aber was half es. Man muß ja die ererbten Anlagen zu unterstützen suchen.

Trotzdem er sich das sagte, wußte er doch jetzt manchmal nicht, ob er recht getan hatte, Sanna so klösterlich erzogen zu haben. Auch jetzt kam ihm wieder dieser Zweifel, als er Sanna auf das Haus zukommen sah mit dem trübseligen Ausdruck im Gesicht.

Ruhe gewahrt bleibe. Es sei unwahr, daß Mobilisierungs-
vorbereitungen getroffen seien, doch sei die Tschekoslowakei
stark genug gerüstet, um den Friedenszustand zu ver-
teidigen.

Aus In- und Ausland.

Memel. Die aufständische Regierung hat die Einkünfte
beschlagnahmt, um die Truppen bezahlen zu können.

London. In Dublin herrschen andauernd lebhafteste Un-
ruhen. Mehrere Häuser wurden in die Luft gesprengt.
Mehrere Männer entführten den Generaldirektor der irischen
Nordbahn John Wagnell gewaltsam in einem Automobil.

Madrid. Für die Freilassung der spanischen Kriegs-
gefangenen aus marokkanischer Gefangenschaft zahlte
Spanien die Summe von 4 134 000 Pesetas. Außerdem mußte
es 400 gefangene Marokkaner freilassen.

Deutscher Reichstag.

(294. Sitzung.)

OB. Berlin, 31. Januar.

An erster Stelle wurde über einen Antrag der bürgerlichen
Parteien und der Sozialdemokraten verhandelt, der gegen die
Beeinträchtigung des Schulbetriebes im Ruhrgebiet
durch die Besetzung von Schulen und Jugendheimen seitens des
Besatzungsheeres Einspruch erhebt.

Hg. Dr. Schreiber (Zentr.) begründete den Antrag, wobei
er auf die großen kulturellen Schädigungen hinwies, die durch
die massenhafte Einziehung von Schulen im Ruhrgebiet ange-
richtet worden sind und angerichtet werden. Es sei ein uner-
hörlicher Zustand, daß in Duisburg von dem Besatzungsheere für
den Tag und den Kopf 3 Liter Milch angefordert werden,
während die deutschen Säuglinge täglich nur 1/2 Liter erhalten
können. In dieser leidlichen Ausbesserung der Kinder soll
nun noch die geistige Ausbesserung kommen. Im Namen des
deutschen Kindes, schloß der Redner, erheben wir vor der
ganzen Welt Einspruch gegen den gewaltsamen Einfall in das
Ruhrgebiet. (Lebhafter Beifall.) Ohne weitere Auseinander-
setzung wurde hierauf der Antrag einstimmig angenommen.
Hierauf kam man zur 2. Beratung des Gesetzentwurfes über
Kleinentrentnerfürsorge.

Der Ausschuß hat den Kreis der Fürsorgeempfänger aus-
gedehnt auf Bedürftige, alte oder erwerbsunfähige Personen. Nur
dieserjenige sollen ausgeschlossen sein, die auf Grund sonstiger
reichsgerichtlicher Bestimmungen gleichwertige Unterstellungen
erhalten und diejenigen, die infolge eigenen groben Verschul-
dens fürsorgebedürftig sind. Die Fürsorge soll sich nach Art
und Umfang derjenigen für Sozialrentner anlehnen. Ein Re-
gierungsvertreter trat für den Regierungsentwurf ein, wonach
nicht nur die Art der Fürsorge, sondern auch der Kreis der
Empfänger durch die Richtlinien der Regierung bestimmt
werden sollen. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums
ersuchte um Wiederherstellung der Bestimmungen der Re-
gierungsvorlage, wonach das Reich den Gemeinden 80 % und
nicht, wie der Ausschuß verlangt, 90 % der zur Fürsorge ver-
wendeten Mittel erstatten soll.

Die Hg. Frau Schröder-Holstein (Soz.) beantragte die
Ausdehnung der Fürsorge auf alle diejenigen, die gleich hilfs-
bedürftig wie die Kleinentrentner sind.

Hg. Dr. Oberjohn (Deutschf.) hieß das Gesetz will-
kommen und wies darauf hin, daß seine Forderung die Zustim-
mung zum Landessteuergesetz von der vorherigen Regelung
der Kleinentrentnerfürsorge abhängig gemacht habe.

Frau Dr. Mah (D. Volksp.) erklärte das Gesetz für drin-
gend notwendig, weil in vielen Gemeinden die Kleinentrentner-
fürsorge nur auf dem Papier gestanden habe.

Ein demokratischer Antrag, der die von der Regierung
vorliegende 80prozentige Reichsbeteiligung (statt 90 %) zu
überprüfen, wurde mit großer Mehrheit genehmigt und die
Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Be-
ratung angenommen.

Hierauf wurde die am Sonnabend abgebrochene zweite Be-
ratung des Jugendgerichtsgesetzes fortgesetzt und der
Rest der Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. Dann
wurde noch die Vorlage über Berücksichtigung der Geld-
entwertung bei den Steuern an den Steueraussschuß über-
wiesen und die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

(295. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. Februar.

Nach Eröffnung der Sitzung gedachte Präsident Löss mit
Worten würdevoller Teilnahme des furchtbaren Gruben-
unglücks in Oberschlesien und seiner Opfer. Die Ab-
geordneten hörten diese Kundgebung stehend an.

Hierauf wurde in zweiter und dritter Lesung das deutsch-
polnisch-österreichische Bergwerksabkommen angenom-
men. Der 10. Nachtragsetat der Befoldungsaufbesserungen und
Besondere Aufwendungen für das Ruhrgebiet enthält, wurde an
einen Ausschuß verwiesen. Der Gesetzentwurf über die Rück-
lage bei den Berufsangehörigen wurde in
allen drei Lesungen angenommen.

Dann mußte eine Unterbrechung eintreten, da für die
dritte Beratung des Jugendgerichtsgesetzes noch An-
träge vorzubereiten waren.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gelangte das Jugend-
gerichtsgesetz zur dritten Beratung. Die Vorlage wurde
in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Gleichfalls
angenommen wurde eine vom Ausschuß beantragte Ent-
scheidung, in der die Regierung ersucht wird, nur die am
besten befähigten Richter zum Amte des Jugendrichters
hinzuzuziehen.

Hierauf wurde der 10. Nachtragsetat in zweiter und dritter
Beratung ohne Auseinandersetzung angenommen, und
dann vertagte sich das Haus auf Freitag.

Das Landessteuergesetz verlegt.

Keine Einigung im Steueraussschuß.

Einen für die Finanznot der Gemeinden einschneidenden
Entscheidung hat der Steueraussschuß des Reichstages gefaßt. Es
handelte sich um das Landessteuergesetz und zwar um
dessen am meisten umstrittenen Punkt, die Erhöhung der
Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 %, die von der Regierung ver-
langt wird. Sozialdemokraten und Zentrum erklärten diese
Erhöhung für untragbar. Der Zentrumsdirektor betonte,
diese Erhöhung wäre nur dann zu tragen, wenn sie von einer
überwältigenden Mehrheit im Reichstag angenom-
men worden und so zum Ausdruck gekommen wäre, daß auch
die große Mehrheit des Volkes diese Lasten auf sich zu nehmen
bereit ist. Da diese Mehrheit nach dem bisherigen Gang der
Verhandlungen nicht zu erreichen sei, wären seine politischen
Freunde nicht in der Lage, der Erhöhung der Umsatzsteuer ihre
Zustimmung zu geben.

Angesichts dieser Erklärung gab der Vertreter des Finanz-
ministeriums bekannt, daß der Reichsfinanzminister Hermes bei
dieser Sachlage die Stellungnahme des Kabinetts
für notwendig halte, das sich darüber klar werden müsse, ob
die gesamte Vorlage aufrechterhalten werden solle oder nicht.
Im Auftrage des Reichsrates erklärte wiederum der
preussische Vertreter, daß eine Vertagung des Landes-
steuergesetzes für Gemeinden und Länder untragbar sei,
daß Gesetz sei der letzte Rettungsanker für die sonst zugrunde-
gehenden Gemeinden. Die Verantwortung für den drohenden
Untergang der Gemeinden trage der Reichstag.

Eine Einigung kam jedoch nicht zustande. Auch der bolls-
parteiliche Redner trat gegen die erhöhte Umsatzsteuer ein und
dem Ausschuß blieb nach längerer Debatte nichts übrig, als die
Beratung der ganzen Vorlage zu unterbrechen und sich zu
vertagen. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß
diese Vorgänge besonders für die Sozialdemokraten der Aus-
gangspunkt erster innerpolitischer Auseinandersetzungen sein
werden.

Ein Notgesetz.

Schutz- und Hilfsmaßnahmen.

Dem Reichsrat ist der Entwurf eines „Notge-
setzes“ zugegangen. Der Anlaß dazu ist durch den

widerrechtlichen Einbruch in das Ruhrgebiet mit sei-
nen schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen ge-
geben. Die dadurch geschaffene Lage macht die An-
passung des geltenden Rechts an die besonderen Ver-
hältnisse nötig; zugleich ist es erforderlich,

Auswüchsen des Wirtschaftslebens

scharfer entgegenzutreten, als es nach den zurzeit geltenden
Gesetzen möglich ist. Die wichtigsten Bestimmungen be-
treffen die Verschärfung der Anforderungen an Personen,
welche die Erlaubnis zum Schankgewerbe-Be-
trieb nachsuchen, Festsetzung und Handhabung der Po-
lizeistunde, Verbot des Ausschanks geistiger Getränke
an Personen unter 16, von Branntwein an Personen unter
18 Jahren. Weiter soll ermöglicht werden, Vergnü-
gungen und Lustbarkeiten, die geeignet sind, auf die Be-
völkerung beruhigend oder aufreizend zu wirken, ein-
zuschränken. Ferner werden Strafbestimmungen und Aus-
weisungsmöglichkeiten geschaffen bei Zuwiderhandlungen
gegen das Maßgesetz. Endlich soll die Möglichkeit er-
öffnet werden, daß die aus dem besetzten Gebiet und dem
widerrechtlich besetzten Ruhrgebiet ausgewiesenen
für sich und ihre Familien Wohnungen vorzugsweise
zugewiesen erhalten.

Zur gest. Beachtung!

Infolge der beträchtlichen Erhöhung aller Mate-
rialien, der Löhne und der enormen Preissteigerung
des Papiers (von zuletzt 560.— auf 1200.— Mk.
pro Kilo) sind wir nicht in der Lage, den für
Februar angelegten Preis von 650.— Mk. für
Postbesteller aufrecht zu erhalten.

Wir bitten die verehrten Postbesteller uns den
Fehlbetrag von 250.— Mk. (Die Zeitung kostet für
den Monat Februar 900.— Mk., ausschließlich Be-
stellschuld, freibleibend) auf unser Postbestellkonto
Nr. 2941 Dortmund einsenden zu wollen.

Der Verlag.

Rücktritt der sächsischen Regierung.

Infolge eines Mißtrauensvotums.

Der sächsische Landtag nahm einen Antrag der Kom-
munisten, wonach dem Minister des Innern, Lipinski,
das Vertrauen zu entziehen sei, an. Daraus trat das ge-
samte Ministerium zurück und die Sitzung des Hauses
wurde geschlossen. Das Ministerium führt die Geschäfte
bis zur Neubildung weiter.

Ein wesentlicher Anlaß zu dem Mißtrauensvotum lag
eigentlich nicht vor, wenn man von allgemeinen politischen
Antrieben absteht. Die Kommunisten beantragten, einige
Nachforderungen im Polizeietat abzulehnen und dem
Minister das Vertrauen abzuspüren, weil er nach ihrer
Ansicht die Dresdener Krawalle zu scharf unterdrückt habe.
Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei
schlossen sich dem Mißtrauensantrag an. Die Demokraten
verlangten freiwilligen Rücktritt der Regierung und Neu-
bildung unter Hinzunahme aller republikanisch-demokra-
tischen Parteien. Die Sozialdemokraten billigten die
Politik des Ministers. Die Regierung lehnte es ab, frei-
willig zurückzutreten. In namentlicher Abstimmung wurde
der kommunistische Antrag mit 54 gegen 39 sozialdemo-
kratische Stimmen angenommen. Was jetzt geschehen wird
und wie sich das neue Kabinett zusammensetzen wird, ist
höchst unklar. Die Neuwahl eines Ministerpräsidenten
wird frühestens Ende der Woche, wahrscheinlich aber erst
in der nächsten Woche vorgenommen werden. Bismarck
wahrscheinlich ist, daß der bisherige sozialdemokratische
Ministerpräsident Breda wieder mit der Bildung des Kabi-
netts beauftragt wird. Möglicherweise wird dann eine
Regierung aus Sozialdemokraten und Demokraten zu-
stande kommen, da die Demokraten zum Eintritt bereit sind
und die Volkspartei wohlwollende Neutralität ver-
sprechen. Von den bisherigen sozialdemokratischen Mi-
nistern dürfen dann nicht wiederkehren Kultusminister
Fleischer und Finanzminister Held und die Demo-
kraten Seyffert und Reinhold an ihre Stelle treten.

Kriegsgefahr im Orient.

Bruch zwischen Frankreich und England.

Die Konferenz von Lausanne kommt zu keinem
Ziel. Der Friede im Orient, der dort gemacht werden
sollte, droht in einen neuen Krieg auszumünden und zu-
gleich einen englisch-französischen Konflikt herbeizuführen.
Der inzwischen fertiggestellte Friedensvertrag fand
bekanntlich nicht die Billigung der Türken, und nun haben
die Franzosen, obwohl bei der Entente ursprünglich Einig-
keit über den Vertrag bestand, den Türken mitgeteilt, daß
der neue Friedensvertragsentwurf noch

kein endgültiges Programm

bedeute, und daß, falls die türkische Abordnung in Lau-
sanne bleibe, auch die französische Abordnung dableiben
würde. Diese Mitteilung rief in den Kreisen der Konfe-
renz großes Aufsehen hervor. Die englische Ab-
ordnung ließ rundweg erklären, daß diese Mitteilung eine
flagrante Verletzung des vor einigen Tagen zwischen
den Alliierten getroffenen Einverständnisses bedeutet. Die eng-
lische Abordnung beabsichtige nicht, irgend etwas an dem
festgestellten Plan zu ändern. Die englische Presse ist außer
sich. So bringt das Blatt „Daily News“ an erster Stelle
unter der fettgedruckten Überschrift: „Frankreich geht
zu den Türken über!“, eine Meldung, worin es
heißt, in Lausanne sei

die alliierte Front vollkommen erschüttert.

Auch in Konstantinopel wird nicht daran gezweifelt,
daß die allerwahrscheinlichste Folge eines völligen Bruches
in Lausanne ein neuer Krieg sein wird. In der
Gegend von Konstantinopel stehen ungefähr 20 000 Türken
unter den Waffen, in Thrakien befinden sich 30 000 Mann.
Die britische Truppenmacht befindet sich in glän-
zender Verfassung und wird unterstützt von der ganzen
Mittelmeer- und einem Teil der Atlantischen Flotte. Die
Türkei trifft alle Vorbereitungen für eine Wiederauf-
nahme des Kampfes. In politischen Kreisen in An-
gora werde offen erklärt, daß die Türkei nicht vor einem
Kriege zurückschreie, wenn Großbritannien in der Moful-
frage seine Haltung nicht ändere. Die Verstärkung der bri-
tischen Garnison in Mossul durch Truppen aus Basra und
aus Bagdad dauert fort. Die Türken ziehen ungefähr 150
Kilometer nördlich des Wilajets Mossul Truppen zu-
sammen.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 3. Februar 1923.

□ Das Notgeld. Die Umlaufzeit für das mit Genehmi-
gung des Reichsfinanzministers herausgegebene Notgeld
endet am 5. Februar; Notgeldscheine werden von den
öffentlichen Kassen nur bis zu diesem Tage in Zahlung ge-
nommen. Das von der Stadt Berlin herausgegebene Groß-
notgeld bleibt bis auf weiteres im Verkehr. Der Zeitpunkt
der Einziehung soll später bekanntgegeben werden.

+ Oberbrügge-Chringhausen. 1. Febr. Die
von den hiesigen Vereinen, Landwehr-, Turn- und
Feuerwehr-Verein gemeinschaftlich schon vor ca. 2 Jahren
bestellte Ehrentafel zum Andenken an die im Weltkrieg
1914/18 gefallenen Mitglieder der 3 Vereine und die
Gefallenen aus dem Vereinsbezirk, ist nun endlich fertig-
gestellt und durch den Inhaber der Fa. Wegel & Sohn in
Erfurt, der die Herstellung übertragen worden war,
gestern nach hier gebracht worden. Bei der Fertigstellung
der Ehrentafel hatten sich unvorhergesehene Schwierig-
keiten ergeben, wodurch die Ablieferung leider so sehr
verzögert worden ist. Die Unzufriedenheit hierüber
wurde nun aber völlig zurückgedrängt, als man gestern
abend die Ehrentafel von ihrer schützenden Umhüllung
befreit hatte. Der erste Eindruck war überwältigend.
Stumm und ergriffen standen die Kameraden vor
diesem, in seiner künstlerisch, schönen und gediegenen
Ausführung wohl kaum noch zu übertreffendem Ehren-
mal. Dabei der treuen Toten gedenkend, deren Namen
— 70 an der Zahl — in unvergänglichen Lettern
der Tafel eingepreßt sind. Möge diese dem
heutigen und den kommenden Geschlechtern stets die
Erinnerung wach halten, an das, was im ersten Ringen
um das Wohl unseres geliebten deutschen Vaterlandes
von unseren tapferen Helden geleistet worden ist. Möge
sie uns allen eine Mahnung sein, auszuhalten, auch
unter Entbehrungen in alter deutscher Treue zusamen-
stehen und unsere Pflichten zu erfüllen.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern

In keiner Not uns trennen und Gefahr.

Am jedermann Gelegenheit zu geben, die Ehrentafel zu
besichtigen, wird dieselbe für einige Zeit im Schaufenster
des Herrn Klempnermeisters Hugo Seiffinghaus in Ober-
brügge, ausgestellt werden.

= Kierspe, 2. Febr. Den hiesigen Sicherheits-
beamten ist es gelungen, eine gefährliche Einbrecher-
und Diebesbande festzunehmen. Sie bestand aus Männlein
und Weibchen. Die beiden Männer wurden am Diens-
tag in Kierspe-Whf. festgenommen, als sie gerade wieder
im Begriff waren, einen Raubzug anzutreten; denn sie
waren mit Dietrichen und Aexten erneut bewaffnet.
Nachdem sie hinter Schloß und Riegel waren, wurde
der Schlafwinkel in Grünenschlade, wo sie in einer
Jagdhütte kampierten, aufgesucht und noch allerhand
Beute ans Tageslicht befördert. Ebenfalls wurden
dann noch 2 zu der Gesellschaft gehörende „Damen“
festgenommen. Einbrüche in Königsfahl, Kierspe-Whf.,
Jimmelsheidt und u. a. ein Kirchendiebstahl in Breslau
werden der sauberen Gesellschaft zur Last gelegt, denn
unter der Beute befanden sich eine Menge Altdecken,
Spitzen von Altdecken, Segens-Behum von katholischen
Geistlichen und dergleichen mehr.

+ Königsfahl, 2. Febr. Verhütung. Die Frei-
feuerwehr Büchsen feiert am kommenden Sonntag
ihre Winterfest und nicht wie irrümlich an dieser Stelle
berichtet am Samstag den 3. d. Mts.

+ Bochum, 31. Jan. Lynchgefahr. Eine große Menschen-
ansammlung entstand auf der Hochstraße. Zwei Frauen-
zimmer, die sich auf der Straße gezeigt hatten mit Aus-
ländern, hatten die Empörung einer großen Volksmenge
erweckt. Um sich vor dem „Scherenklub“ zu retten,
flüchteten sie in ein Geschäftshaus an der Hochstraße,
das von der Menge belagert wurde. Von Schutzbeamten
wurden die Namen der Weibsbilder festgestellt. Es ge-
lang, sie der Wut der Menge zu entziehen, die so stark
angeshwollen war, daß die Straßenbahnwagen nicht
mehr durchkamen.

+ Gelsenkirchen, 31. Jan. Von einer „fremden
Freundin“ betrogen. Ein Dienstmädchen von hier
lernte ein fremdes Mädchen in Essen kennen, welche für
beide Mädchen in einem Kino Stellung besorgen wollte.
Das Dienstmädchen wollte vor ihrem Fortgang ihre
Eltern in der Vereinsstraße benachrichtigen und ließ
ihren Schlüssel mit Wäsche und Bekleidungsstücken im
Werte von etwa 180 000 Mk. im Wartesaal des hiesigen
Hauptbahnhofes zurück, wo die Fremde verblieb. Nach
Rückkehr des Mädchens waren der Schlüssel und die
fremde Freundin spurlos verschwunden.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im voraus.

- | | |
|----------|--|
| 4. Febr. | Vielfach Sonne Tags gelinde. |
| 5. " | Angenehm; Wolken, strichweis Niederschlag. |
| 6. " | Wenig verändert. |
| 7. " | Veränderlich, milde. |
| 8. " | Wolken, Tags milde Niederschläge. |
| 9. " | Sonne, Nachts kalt, Nebel. |
| 10. " | Wolken, milde, teils naßkalt. |

Sport-

Hagen i. W.

Elbersufer
Ecke Badstr.



Haus

Hagen i. W.

Elbersufer
Ecke Badstr.

Erste und beste Bezugs-
quelle für sämtliche
Sportbedarfs-
artikel.

Geeichte Geräte

— Fachmännische Bedienung. —

2080

ARTHUR ALEXANDER, EISEN-GROSSHANDLUNG

HAGEN i. WESTF., KONKORDIASTRASSE 22

Telegramm-Adresse: Walzeisen :: Fernsprecher: 357 und 358.

HALBZEUG :: STABEISEN :: BLECHE ALLER ART

Lager mit Bahnanschluss am Bahnhof Haspe-Heubing.

Theater-Verein „Fidelio“-Krebstöge.

Sonntag, d. 4. Februar 1923,
im Saale Karlshöhe

Theater = Abend.

„Der Fluch des Leichtsinns“,
Schauspiel in 3 Aufzügen.

„Die Rache des Bauern Pfiffikus“
Lustspiel in 1 Akt.

Einlaß 4 1/2 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr.

Es ladet ergebenst ein

Die Festleitung.

Bergisches Schuhlager

Inhaber: Friedrich auf der Horst
Lüdenscheid, Wilhelmstraße 22
1. Stockwerk im Restaurant „Wilhelmshof“.

Die anerkannte Bezugsquelle für

Qualitäts-Stiefel 1. Ordnung

solider Eleganz und mäßiger Preise.

Werktagschuhe

in prima Ausführung.

Automobil-

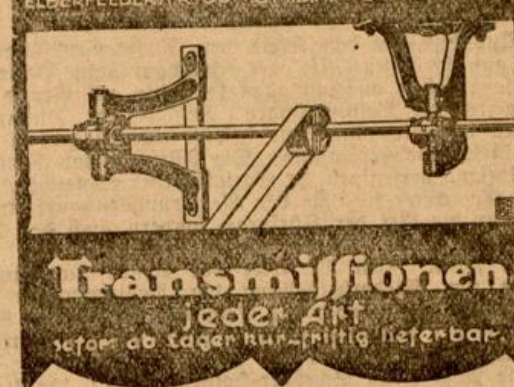
Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

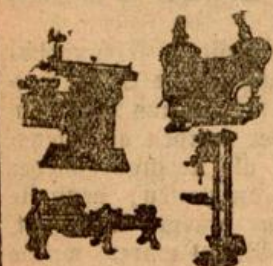
W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften

Gerner & Co. Hagen



2045 — Gegr. 1857 —



Telegr.: Maschinennatorp.

Großes Lager
neuer und gebrauchter

Werkzeug-
maschinen.

Maschinenfabrik
Alfred Natorp,

Inh.:
Adolf Klinke, Haspei. W.

Elektr. Anlagen

für Industrie und Landwirtschaft.



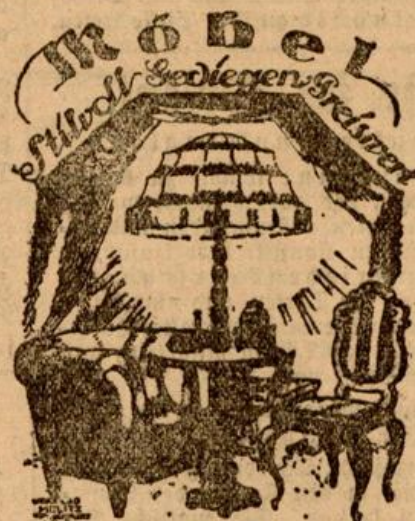
Bergstrasse 123. Fernruf 259, 3916.

Walter Schulte,

G. m. b. H. HAGEN i. W. G. m. b. H.
— Fernruf 3173. —
Treibriemen-Fabrik. 2009

Kernleder-Treibriemen für jede
Betriebsart. Riemenreparaturen

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderbänder: Näh- und
Bänderriemen: Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.



Wilhelm Stammann
Hagen W. Rathauspassage
Körnerstr. 5a Fernruf 295

Milchverandscheine

liefert die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Strompreise Februar 1923 für Klein-
abnehmer.

Bei dem durchschnittlichen Gesamtstrompreis
von 960 000 — M. für 10 t frei Kraftwerke beträgt
der Gesamtstrompreis für 1 KW-Stb.
640. — M. bei 0,40 M. Grundpreis
560. — " " 0,35 " "
480. — " " 0,30 " "
448. — " " 0,28 " "
416. — " " 0,26 " "

Kommunales Elektrizitätswerk „Mark“,
A. G., Hagen i. W.

Bereitigte
Turn- und Spiel-
vereine Halver
e. V.

Samstag, den 10. Febr.,
abends 7 1/2 Uhr
im Vereinslokal Fasbender
Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Annahme.
2. Jahresbericht.
3. Kassenbericht.
4. Bericht über den Kreis-
turntag.
5. Ergänzungswahl des
Turnrats
6. Festlegung des Beitrags.
7. Verschiedenes.

Zahlreiche Beteiligung er-
wartet. Der Turnrat.

Maschinelle Ein- richtung einer Knochenstampe

preiswert zu verkaufen.

Besonders geeignet für
Mühlbesitzer od. Land-
wirte, die sich ihren Dünger
selbst herstellen wollen
Wo zu erfragen in der
Geschäftsstelle des „Allgem.
Anz.“, Halver.

Habe stets auf Lager:

Große Auswahl in:
Herren-Anzüge
„ Hosen
„ Paletots
„ Schlüpfer
„ Lodenjoppen
usw.
Damen-Kleider
in Wolle u. Voal
Damen-Mäntel
Kostüm-Röcke
Woll- und Seiden-
Jumper, Stoff-Blusen
usw.

Paul Schulte,
Herren- und Damen-Konfektion,
Halver i. W., Oberherweg Nr. 1.

Beleuchtungskörper

Elektr. Heiz- u. Kochapparate,
Staubsauger, Bügeleisen,
Haartrocken-Apparate

Elektrizitäts-Gesellschaft
Geißler & Schuller,
HAGEN i. W., Elberfelderstraße 44.

— Telefon 2314. — 2152

Röhrenblei

kauft jedes Quantum
zum Selbstgebrauch

Wilh. Eckmann,
Halver.
— Fernruf 206. —

Zigarren! Zigarretten

Rauch- u. Aantabake
nur beste Qualitäten!
Echte Brunnenscheiben
und -Munten,
Zigarren- u. Zigarrettenpfeifen
Tabakdosen und -Beutel,
Zigarren- u. Zigarettenetuis
in großer Auswahl
empfiehlt
H. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Wochen-Werkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 4. Febr.
Vorm. 10 Uhr Predigt Pastor D. Dresbach. —
Vorm 11 Uhr: Kindergottesdienst — Freitag abend
8 1/2 Uhr: Psalmenchor.
Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den
4. Febr. Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntagschule. Nachm.
4 Uhr: Bibelstunde, Stadtmisionar Brüder
Nachm. 5 1/2 Uhr: Jungfrauenverein. Abends 8 Uhr:
Jünglingsverein. Abends 8 1/2 Uhr: Männerchor.
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr: Bibelbesprechstunde.
Freie evang. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a.
Sonntag den 4. Febr., morgens 9 1/2 Uhr: Gebau-
ungsfestunde Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntagschule.
4 Uhr: Bibl. Vortrag, Fröhlich, Dahlrau. Donnerstag
abend 8 1/2 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Samstag
abend 7 1/2 Uhr: Männer- und Jünglingsverein.
Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 4. Febr.
8 Uhr: Frühmesse mit Predigt 10 1/4 Uhr: Hoch-
amt mit Predigt. 2 1/2 Uhr: Segensandacht.
Kath. Gemeinde Kierspe-Whf. Sonntag, den
4. Febr. Vorm 10 Uhr: Hochamt mit Predigt
in der Schule



in vorzügl. reißfester
Qualität liefert zu vorteil-
haften Preisen an den Groß-
handel und die metallver-
arbeitende Industrie

August Liese,

HAGEN i. W.
Papier- u. Packmaterialien-Großh.
= Fernsprecher Nr. 3948. =